

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/34

17. Februar 1977

Hilfe im Einzelfall ist vorrangig

Missionarische Menschenrechts-Aktionen sind fehl
am Platze

Von Dr. Willfried Penner MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Menschenrechte der SPD-
Bundestagesfraktion

Seite 1 und 2 / 49 Zeilen

Jungwähler vertrauen der SPD

Die konservative Tendenzwende fand nicht statt

Von Bernhard Wurl
Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozia-
listen, Leiter der Abteilung Jugend beim Hauptvor-
stand der IG Metall

Seite 3 und 4 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 38/39
Telex: 08 95 946-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnstraße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Hilfe im Einzelfall ist vorrangig

Missionarische Menschenrechts-Aktionen sind fehl am Platze

Von Dr. Willfried Penner MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion

In jüngster Zeit sind die Menschenrechte durch aktuelle Ereignisse wieder in den Brennpunkt öffentlichen Interesses geraten. Einzelfälle machten deutlich, in welchem problematischem Verhältnis manche Staaten zu ihrem Bürger stehen. Dabei geht es oft nicht um das theoretische Anerkennen unveräußerlicher Rechte des Einzelnen, sondern um ihre praktische Verwirklichung. Beispielhaft dafür: die Charta '77 in der ČSSR, Bürgerrechtsbewegungen in der UdSSR und anderen Ostblockstaaten, Initiativen für bestimmte südamerikanische Staaten.

Leider zeigen Diskussionen in der Bundesrepublik Tendenzen, die der Sache der Menschenrechte wenig dienen. Konzentrieren sich die einen ausschließlich auf bedenkliche Entwicklungen im Osten, so beschränken sich andere mit demselben Engagement auf Situationen einiger autoritärer Staaten im Westen. Beiden Richtungen ist neben dem Wunsch nach Durchsetzung der Menschenrechte in unverkennbarer Übereinstimmung gemeinsam, daß mit dem Protest gegen konkrete Verletzungen der Grundrechte eine auch öffentliche Verurteilung des jeweils problematischen Staates verbunden ist. Dieser Aspekt überstrahlt manchmal das Engagement für die Menschenrechte. Und das jeweils bei denselben Leuten, die je nach ihrem politischen Standort einer nüchternen Außenpolitik gegenüber bestimmten Staaten das Wort reden, gegenüber anderen Staaten mit denselben Problemen aber für eine härtere Gangart und weniger "Leisetreterei" sind.

Das Eintreten für Menschenrechte sollte frei von Eiferum sein. Missionarische Akzente erscheinen ebenso fehl am Platze wie die Über-

lappung durch innen- oder gar parteipolitische Interessen.

Sicherlich können auch plakative Aktionen für die Sicherung der Grundrechte in allen Teilen unserer Welt unumgänglich, ja sogar geboten sein. Berücksichtigt werden müssen aber deren mögliche Folgen, zumal wenn sie andere Staaten betreffen. Es ist eines, aus der sicheren Entfernung einen anderen Staat wegen mißbräuchlicher Machtausübung anzuprangern. Und es ist etwas anderes, dann ohnmächtig zusehen zu müssen, wie Einwohner oder Bürger des angesprochenen Staates allgemein die Auswirkungen zumindest über verstärktem Anpassungsdruck zu spüren bekommen.

Für gefährlich ist eine Entwicklung zu halten, die zugleich mit dem Eintreten für Menschenrechte auch Staatsverdrossenheit verbindet. Denn Ziel kann nicht Freiheit vom Staat, sondern Freiheit im Staat sein.

Initiativen für Menschenrechte konzentrieren sich häufig in kluger Selbstbeschränkung und Zurückhaltung auf Hilfe in konkreten Einzelfällen. Spektakuläre Öffentlichkeitsarbeit kann den Erfolg solcher Bemühungen gefährden. Die Empfindlichkeit und Verletzbarkeit der in Rede stehenden Staaten ist bekannt. Der Weg öffentlicher Anprangerung von außen wirkt sich für die Betroffenen häufig fatal aus. Und verschlechtert die Aussicht auf grundlegende innerstaatliche Änderungen in absehbarer Zeit.

Wer es mit den Menschenrechten ernst nimmt, für den sollte vorrangig der Rechtsträger, nämlich der im wahrsten Sinne des Wortes betroffene Einzelne im Zentrum seiner Bemühungen stehen.

(-/17.2.1977/bgy/hu)

+ + +

Jungwähler vertrauen der SPD

Die konservative Tendenzwende fand nicht statt

Von Bernd Wurl

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten,
Leiter der Abteilung Jugend beim Hauptvorstand der IG Metall

"Die Unionsparteien sind die Parteien der Jugend", verkündete Franz Josef Strauß in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1976 vor dem bundesdeutschen Millionen-Fernsehpublikum. Er konnte sich tendenziell stützen auf hausgemachte infas-Dreizeiler, die leider schon treurige politische Tradition haben. Denn manche glauben ja immer noch, infas stehe der SPD nahe. Und die Bevölkerung nimmt's ergeben hin. Die in diesen Tagen veröffentlichten Wahrheiten der amtlichen "repräsentativen Wahlstatistik" wird allerdings nur eine gut informierte Minderheit zur Kenntnis nehmen. Es ist seit Jahren jedesmal das gleiche Spiel.

Die Wahrheit ist: Die Tendenzwende, und schon gar nicht eine konservative, bei der Jugend hat nicht stattgefunden! Die SPD erhält bei den Jungwählern (18 - 25 Jahre) mehr Stimmen (49,8 Prozent) als in irgendeiner anderen Altersgruppe. Die Jungwähler sind das wichtigste Wählerpotential der SPD. Die CDU/CSU konnte zwar Stimmengewinne, aber keinen Einbruch bei den Jungen erzielen: 40,2 Prozent konnte sie verbuchen, knapp zehn Prozent weniger als die SPD.

Zugegeben: Die SPD hat auch bei den Jungwählern verloren, überdurchschnittlich verloren (4,8 Prozent). Aber das ist nicht der entscheidende Verlust. Der nämlich liegt bei den heute 35- bis 45jährigen. In dieser Altersgruppe mochten sich 1972 immerhin 47,9 Prozent für die SPD entscheiden, 1976 hingegen nur noch 41,1 Prozent (Verlust: 6,8 Prozent). Eine zweite infas-Mär gilt es gleich mit auf's Korn zu nehmen, nämlich die, die besagt, daß es bei den Frauen den konservativen Rückfall gegeben hätte. Bei den Frauen ging insgesamt weniger für die SPD verloren als bei den Männern. Außerdem ist

generell festzustellen, daß sich das Wählerverhalten in allen Altersgruppen bei Männern und Frauen angeglichen hat!

Im Übrigen liefert die amtliche Wahlstatistik, um auf die Jungwähler zurückzukommen, zwei politisch-strategisch wichtige Hinweise: Erstens üben die Jungwähler weiterhin überdurchschnittlich Wahlverweigerung. Nur 84,1 Prozent der unter 21jährigen und gar nur 82,9 Prozent der Jungwähler zwischen 21 und 25 Jahren machten sich am 3. Oktober auf den Weg zu den Urnen. Das sind 10 Prozentpunkte weniger als bei den Älteren zwischen 40 bis 70 Jahren. Also nicht irgendeine "Tendenzwende" bei den Jungen ist das Problem, sondern die mangelhafte Motivierung, zur Wahl zu gehen. Den Jungwählern sind offensichtlich oft die entscheidenden Unterschiede zwischen konservativer und sozialliberaler Politik nicht immer ganz deutlich gemacht worden.

Zweitens hat die SPD zwar bei den Erstwählern überdurchschnittlich verloren - wenn auch nicht so, wie in später Nachtstunde am 3. Oktober verkündet -, so weit aber aus dem amtlichen Zahlenmaterial ersichtlich, hat die SPD bei den "Zweitwählern" keine überdurchschnittlichen Stimmeinbußen hinnehmen müssen. Diese Beobachtung bestätigt den alten wichtigen Lehrsatz: Wer für die SPD gewonnen ist, der bleibt ihr auch eher treu. Auch aus diesem Grunde ist die Arbeit mit noch nicht Wahlberechtigten (z.B. mit Schülern, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmern) für die Gesamtpartei von entscheidender Bedeutung. Hier liegt eine wichtige Aufgabe der Jungsozialisten zur politischen Vertrauensarbeit, der sie sich auch verstärkt angenommen haben. Die Gesamtpartei muß zur Unterstützung der Vertrauensarbeit in diesem Bereich vor allem zweierlei tun, bzw. zunächst unterlassen:

Sie muß erstens verzichten auf eine Politik, die extrem demobilisierend und entmotivierend für Jugendliche wirkt: Radikalenerlaß, Numerus clausus, Aberkennung des politischen Mandats, Behinderung selbstverwalteter Jugendzentren, Zurückweichen vor konservativer Gegenmobilisierung etwa bei der inneren Schulreform und der beruflichen Bildung. Sie muß zweitens darauf verzichten, den Jungsozialisten ihre Mobilisierungsarbeit noch schwerer zu machen als sie ohnehin schon ist: z.B. durch die Grundsätze zur Tätigkeit der Arbeitgemeinschaften und ihre bürokratische Handhabung und andere Formen der praktischen Behinderung der Arbeit der Jungsozialisten.

(-/17.2.1977/bqy/hu)